

Mediation durch die EU?

Taliban breiten sich aus

International Crisis Group

Der Aufstand der Taliban in Afghanistan geht im Jahr 2018 unvermindert weiter, trotz der fortgesetzten militärischen Intervention der USA. Die Analyse- und Forschungsgruppe *International Crisis Group* (ICG) in Brüssel hat in ihrer im Februar veröffentlichten Liste der Länder mit den höchsten Gefährdungsgraden für den Frieden Afghanistan auf einen vorderen Platz gesetzt. Die eskalierende Gewalt beinhalte alle Aspekte einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Krise. Die ICG fordert vor allem die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten auf, ihr politisches Gewicht verstärkt für einen Mediationsansatz einzubringen, um zwischen den afghanischen Akteuren wenigstens vertrauensbildende Maßnahmen in Gang zu setzen.

Afghanistans Präsident Ashraf Ghani wird daran erinnert, dass er ebenfalls zur Beendigung des politischen Stillstands beitragen, das Gespräch mit der politischen Opposition suchen und glaubwürdige Wahlen organisieren müsse. Die ursprünglich für Oktober 2016 angesetzten Parlamentswahlen sollten nicht ein weiteres Mal verschoben, sondern im Juli 2018 endlich durchgeführt werden. Die für 2019 geplanten Präsidentschaftswahlen duldeten ebenfalls keinen Aufschub, sofern Interesse an einer politischen Konfliktbearbeitung bestehe. Laut ICG ist es darüber hinaus hinlänglich deutlich geworden, dass ein Staatsaufbau entlang ethnischer Zugehörigkeiten die Feindseligkeiten und Konflikte weiter befördert. Der EU wird ins Stammbuch geschrieben, dass die erzwungene Rückkehr von Flüchtlingen keinen Sinn macht, wenn sich die Fluchtursachen im Land tagtäglich erneuern. Die Schließung des Büros des EU-Sondergesandten und die Verringerung des diplomatischen Personals im vergangenen Jahr in Kabul lassen nicht darauf schließen, dass die politische Herausforderung in der EU verstanden wurde.

Politische Mediation als Minimum

Die Afghanistan-Strategie der USA und ihr verkürztes Problemverständ-

nis in Form militärischer Angriffe auf die Taliban muss an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden (s. Heft 4-2017). Die europäischen NATO-Verbündeten bewegen sich leider in die gleiche Richtung und haben sich verpflichtet, ebenfalls mehr militärisches Personal zur Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte zu entsenden. Es wird argumentiert, damit solle die Dynamik der Taliban abgewehrt und diese genötigt werden, in Gespräche über eine politische Lösung einzutreten.

Stattdessen haben die Taliban ihrerseits ihre militärische und politische Offensive intensiviert und massive Angriffe, wenngleich mit hohen Verlusten, gestartet. Es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten, um vorauszusehen, dass die Taliban ihre spektakulären Angriffe in urbanen Zentren fortsetzen werden, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung zu erschüttern. Seit Jahren nutzen die Aufständischen immer ausgefeiltere Methoden der asymmetrischen Kriegsführung; gleichzeitig suchen sie politische Allianzen mit dem traditionellen Schutzherr Pakistan, aber auch mit dem Iran und Russland. Raum für einen politischen Lösungsansatz scheint also grundsätzlich vorhanden zu sein. Der Präsident

und seine internationalen Verbündeten müssten allerdings ein größeres und öffentlich wahrnehmbares Interesse an einem Verhandlungsansatz und an einer nationalen Aussöhnung zeigen.

Wer soll jedoch die ersten Impulse setzen? Auf Seiten der internationalen Allianz kann, unbeschadet aller Kritik, die EU immer noch die substanziellsten Elemente einer politischen Konfliktstrategie in die Waagschale werfen. Der Gesprächsfaden scheint nicht zu allen oppositionellen Akteuren in Afghanistan gerissen. Die humanitäre Hilfe von 30,5 Millionen Euro für Binnenvertriebene und andere Gewaltopfer im Jahr 2017 und insgesamt von 756 Millionen Euro im letzten Jahrzehnt kann sich sehen lassen. Möglicherweise wird eine der allernächsten Maßnahmen seitens der EU darin bestehen müssen, die USA davon abzuhalten, die politische Vertretung der Taliban in Doha (Katar) schließen zu lassen.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zu den Autoren

Die *International Crisis Group* ist eine Forschungseinrichtung mit Sitz in Brüssel, die sich die Aufarbeitung der gefährlichsten Krisen für den Weltfrieden vorgenommen hat; <https://www.crisisgroup.org>